

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 18. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	15
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	29
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	41
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	41
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	51
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	55
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	61
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	67
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	77
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	81
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	81
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	88
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	98
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	113
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	118
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	126
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	137
§ 17 Erfüllung	137
§ 18 Die Aufrechnung	149
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	155
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	161
1. Abschnitt. Grundlagen	161
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungsrechts	161
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	168
§ 22 Die Pflichtverletzung	183
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	190
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	207
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	207
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	216
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	223
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	232
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	250
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	256
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	258
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	262
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	265
§ 32 Allgemeines	265
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	269

§ 34 Schutzpflichtverletzung	276
§ 35 Unmöglichkeit	277
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	286
§ 36 Gläubigerverzug	286
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	292
§ 38 Vertragsstrafe	302
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	309
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	309
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	315
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	327
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	327
§ 42 Besondere Vertriebsformen	344
8. Teil. Schadensrecht	365
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	365
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	368
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	371
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	387
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	394
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	402
§ 49 Grenzfälle	408
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	420
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	433
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	433
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	444
§ 53 Der Austausch des Schuldners	467
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	474
Anhang I: Das Leistungsstörungsrecht in der Fallbearbeitung	489
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	489
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	494
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	496
D. Rücktritt	498
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	501
Paragrafenregister	505
Sachverzeichnis	513
Entscheidungsregister	525

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 18. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Schrifttum (Auswahl)	XXXV
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
I. Das Schuldverhältnis als Gegenstand des Schuldrechts	1
1. Der Begriff des Schuldverhältnisses	1
2. Die Funktion des Schuldrechts	2
II. Das Schuldverhältnis im engeren und weiteren Sinne	2
III. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	4
1. Leistungspflichten	4
a) Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten	4
b) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	5
c) Leistungshandlung und Leistungserfolg	6
d) Möglicher Inhalt der Leistungspflicht	7
2. Schutzpflichten	7
a) Gesetzliche Regelung	7
b) Verhältnis zu den deliktischen Verkehrspflichten	8
c) Konkurrenzen	9
3. Bedeutung der Unterscheidung von Leistungs- und Schutzpflichten	9
IV. Obliegenheiten	11
V. Unvollkommene Verbindlichkeiten (Naturalobligationen)	12
VI. Schuldrechtliche Pflichten und dingliche Rechtslage	12
VII. Die Relativität schuldrechtlicher Rechte und Pflichten	13
1. Grundsatz	13
2. Durchbrechungen	13
VIII. Die Haftung des Schuldners für seine Verbindlichkeit	14
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	15
I. Das Zweite Buch des BGB	15
1. Allgemeiner und Besonderer Teil des Schuldrechts	15
2. Der Aufbau des Allgemeinen Schuldrechts	16
II. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Büchern des BGB	16
III. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Gesetzen	17
IV. Der Einfluss des Grundgesetzes auf das Schuldrecht	18
V. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Schuldrecht	18
1. EU-Richtlinien als Grundlage des deutschen Schuldrechts	18
2. Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten	20
VI. Internationale Vereinheitlichung des Schuldrechts	20
1. UN-Kaufrecht	20
2. UNIDROIT Principles und Principles of European Contract Law	21
3. Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens und Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	21
4. Digitale-Inhalte-RL und Warenkauf-RL	22
VII. Die Reform des deutschen Schuldrechts durch das SchuldRMdG	22
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	24
I. Grundgedanken und Elemente der Vertragsfreiheit	24
II. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	25
III. Das Problem der gestörten Verhandlungsparität	26

1. Allgemeines	26
2. Fallgruppen	26
a) Gesetzliche Typisierungen von Ungleichgewichtslagen	26
b) Störung der Verhandlungsparität im Einzelfall	27
IV. Schutz vor Diskriminierungen nach dem AGG	27
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	29
I. Funktion und Bedeutung des § 242	29
II. Allgemeine Grundsätze der Anwendung des § 242	31
1. Anwendungsbereich des § 242	31
2. Die maßgeblichen Interessenwertungskriterien	32
a) Treu und Glauben	32
b) Verkehrssitte	33
III. Abgrenzungen	33
1. Treu und Glauben und Verkehrssitte in § 157	33
2. Gesetzliche Konkretisierungen des § 242	34
3. Sittenwidrigkeit und Schikane	34
IV. Fallgruppen des § 242	34
1. Konkretisierungs- und Ergänzungsfunktion	35
2. Schrankenfunktion	36
a) Fehlendes schutzwürdiges Eigeninteresse	36
b) Unverhältnismäßigkeit	36
c) Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen	37
d) Unredlicher Rechtservwerb und Zugangsvereitelung	37
e) Widersprüchliches Verhalten	38
f) Verwirkung	39
3. Kontroll- und Korrekturfunktion	39
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	41
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	41
I. Allgemeines	41
II. Schuldvertrag und Gefälligkeitsverhältnis	42
1. Abgrenzung	42
2. Rechtspflichten im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen	43
a) Das Fehlen von Leistungspflichten	43
b) Schutzpflichten	43
c) Haftungsmilderungen im Deliktsrecht	44
III. Rechtliche Folgen der Erbringung unbestellter Leistungen	46
1. Normzweck und systematische Stellung des § 241a	46
2. Voraussetzungen	47
3. Rechtsfolgen	48
a) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	48
b) Auswirkungen auf gesetzliche Ansprüche	48
IV. Die Draufgabe	49
1. Funktion	49
2. Abgrenzungen	50
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	51
I. Positive Abschlussfreiheit und Abschlussverbote	51
II. Negative Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	51
1. Gesetzlicher Kontrahierungszwang	51
2. Allgemeiner Kontrahierungszwang aus § 826	52
a) Grundlagen	52
b) Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen	53
c) Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	54
3. Kontrahierungszwang nach dem AGG	54
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	55
I. Allgemeines	55
II. Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb eines Grundstücks	56
1. Schutzzweck	56
2. Anwendungsbereich des § 311b I	56

3. Umfang des Formzwangs und Rechtsfolgen des Formfehlers	57
4. Divergenzfälle	58
a) Irrtümliche Falschbezeichnung	58
b) Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	59
5. Heilung des Formmangels	59
III. Verträge über das gegenwärtige Vermögen	60
IV. Vertrag über den künftigen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil	60
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	61
I. Entwicklung der Lehre vom Verschulden bei Vertragsverhandlungen	61
II. Die Kodifikation der culpa in contrahendo durch das SchuldRMdG	61
III. Entstehung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	62
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	62
2. Vertragsanbahnung	62
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	63
IV. Inhalt des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	63
1. Schutz der Rechte und Rechtsgüter	64
2. Schutz des Vermögens	64
a) Nichtzustandekommen eines günstigen Vertrages	64
b) Zustandekommen eines ungünstigen Vertrages	65
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	67
I. Schuldverhältnis mit Schutzwirkung für Dritte	67
1. Problemstellung	67
2. Dogmatische Einordnung	68
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich	69
a) Bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten	69
b) Berechtigtes Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten	70
c) Erkennbarkeit und Zumutbarkeit	71
d) Schutzbedürftigkeit des Dritten	72
4. Rechtsfolgen	72
II. Haftung Dritter nach vertraglichen Grundsätzen	73
1. Voraussetzungen der Dritthaftung	74
2. Fallgruppen	75
a) Haftung von Vertretern und Verhandlungshelfen	75
b) Haftung von Sachverständigen und anderen Experten	75
c) Verhältnis zur Haftung des Verkäufers	76
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	77
I. Allgemeines	77
II. Die einzelnen gesetzlichen Schuldverhältnisse im Überblick	77
1. Besonderes Schuldrecht	77
a) Geschäftsführung ohne Auftrag	77
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	78
c) Unerlaubte Handlungen	79
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	79
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	81
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	81
I. Parteivereinbarung	81
1. Die Gestaltungs- und Abänderungsfreiheit der Parteien	81
2. Schranken der privatautonomen Inhaltsbestimmung	81
a) Generelle Grenzen	81
b) Verträge über das künftige Vermögen	82
c) Verträge über den Nachlass eines noch lebenden Dritten	82
d) Sonstige Schranken der Inhaltsfreiheit	83
II. Bestimmung der Leistung durch eine Partei oder einen Dritten	83
1. Leistungsbestimmung durch eine Partei	84
a) Der Maßstab des billigen Ermessens	84
b) Ausübung des Bestimmungsrechts	85
c) Bestimmung der Gegenleistung	85
d) Spezifikationskauf im Handelsrecht	85

2. Leistungsbestimmung durch einen Dritten	86
a) Maßstab und gerichtliche Kontrolle	86
b) Anfechtung der Bestimmung	87
c) Bestimmung durch mehrere Dritte	87
d) Schiedsgutachtenvertrag und Schiedsvereinbarung	87
III. Dispositives Recht	87
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	88
I. Art und Weise der Leistung	88
1. Teilleistung	88
a) Die Regelung des § 266	89
b) Rechtsfolgen	89
2. Leistung durch Dritte	89
a) Persönliche Leistungspflicht	89
b) Voraussetzungen des § 267	90
c) Rechtsfolgen	91
3. Ablösungsrecht des Dritten	91
II. Leistungsort	92
1. Begriff und Bedeutung	92
2. Arten der Schuld	92
3. Die Bestimmung des Leistungsortes	93
4. Sonderregelung für Geldschulden	94
III. Leistungszeit	95
1. Begriffe	95
2. Die Bestimmung der Leistungszeit	96
3. Vereinbarungen über Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen	97
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	98
I. Überblick	98
II. Die Gattungsschuld	98
1. Allgemeines	98
2. Das Auswahlrecht des Schuldners	99
3. Die Beschaffungspflicht des Schuldners	100
a) Unbeschränkte (marktbezogene) Gattungsschuld	100
b) Beschränkte Gattungsschuld (Vorratsschuld)	100
4. Konkretisierung	101
a) Voraussetzungen	101
b) Rechtsfolgen	102
c) Bindungswirkung der Konkretisierung	103
III. Wahlschuld und ähnliche Institute	104
1. Wahlschuld	104
a) Praktische Bedeutung	104
b) Das Wahlrecht und seine Ausübung	105
c) Verzögerte Ausübung des Wahlrechts	105
d) Unmöglichkeit	105
2. Ersetzungsbefugnis	106
a) Allgemeines	106
b) Ersetzungsbefugnis im Autohandel	106
c) Bindungswirkung der Ersetzungserklärung	107
3. Elektive Konkurrenz	108
IV. Geldschuld	108
1. Allgemeines	108
2. Erfüllung von Geldschulden	109
3. Besondere Arten der Geldschuld	110
a) Fremdwährungsschuld	110
b) Geldsortenschuld	110
4. Zinsen	111
a) Begriff	111
b) Entstehungsgründe	111
c) Höhe des Zinssatzes	111
d) Verbot des Zinseszinses	112

§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	113
I. Aufwendungsersatz	113
1. Der Begriff der Aufwendung	113
2. Allgemeine Regeln	114
II. Wegnahmerecht	115
III. Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	116
1. Grundsätze der Auskunftspflicht	116
2. Sonderfälle der Auskunftspflicht	117
a) Pflicht zur Rechenschaft	117
b) Pflicht zur Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	117
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	118
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 274)	118
1. Grundlagen	118
2. Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 I	118
a) Gegenseitige Ansprüche	118
b) Konnexität der Ansprüche	119
c) Durchsetzbarkeit und Fälligkeit des Gegenanspruchs	119
d) Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	119
3. Sonderfälle	120
a) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 II	120
b) Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§§ 369 ff. HGB)	121
c) Das Zurückbehaltungsrecht des Besitzers gegenüber dem Eigentümer	121
d) Leistungsverweigerungsrecht aufgrund der Corona-Krise	121
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 320–322)	122
1. Grundgedanken	122
2. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	123
3. Rechtsfolgen	125
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht (§ 321)	125
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	126
I. Einführung	126
II. Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	127
III. Begriffsbestimmung	128
IV. Einbeziehungskontrolle	128
1. Allgemeine Grundsätze	128
2. Rücksichtnahme auf körperliche Behinderungen	129
3. Besonderheiten bei Verwendung von AGB gegenüber Unternehmern	129
V. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305 c)	130
VI. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit	131
VII. Auslegung und Inhaltskontrolle	131
1. Überblick	131
2. Die Inhaltskontrolle nach § 307 I und II	132
a) Die Generalklausel des § 307 I 1	132
b) Das Transparenzgebot des § 307 I 2	132
c) Die Regelbeispiele des § 307 II	132
3. Die speziellen Klauselverbote (§§ 308, 309)	133
4. Rechtsfolgen	134
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	137
§ 17 Erfüllung	137
I. Begriff	137
II. Person des Leistenden	137
III. Empfänger der Leistung	137
IV. Wirkung der Erfüllung	139
1. Erlöschen des Schuldverhältnisses	139
2. Beweislastumkehr	139
3. Quittung und Schuldschein	139
4. Tilgungsreihenfolge	140
a) Tilgungsbestimmung durch den Schuldner	140

b) Gesetzliche Tilgungsreihenfolge	141
c) Anrechnung auf Zinsen und Kosten	141
V. Rechtsnatur der Erfüllung	142
1. Streitstand	142
2. Stellungnahme	143
VI. Leistung an Erfüllung statt	144
1. Rechtsnatur	144
2. Insbesondere: Überweisung und Lastschrift	145
3. Abgrenzung zur Leistung erfüllungshalber	146
4. Gewährleistung	147
§ 18 Die Aufrechnung	149
I. Allgemeines	149
II. Voraussetzungen	149
1. Aufrechnungslage	149
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	149
b) Gleichartigkeit der Forderungen	150
c) Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	150
d) Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der Hauptforderung	151
2. Aufrechnungserklärung	151
3. Kein Ausschluss der Aufrechnung	152
a) Vertraglicher Ausschluss der Aufrechnung	152
b) Ausschluss der Aufrechnung durch Gesetz	153
III. Wirkung der Aufrechnung	154
IV. Mehrheit von Forderungen	154
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	155
I. Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	155
1. Voraussetzungen der Hinterlegung	155
a) Hinterlegungsgründe	155
b) Hinterlegungsfähigkeit des geschuldeten Gegenstandes	156
2. Rücknahmerecht des Schuldners und Wirkung der Hinterlegung	156
3. Selbsthilfeverkauf	157
II. Erlass und negatives Schuldanerkenntnis	157
III. Novation und Konfusion	158
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	161
1. Abschnitt. Grundlagen	161
§ 20 Entwicklung und Systematik des Leistungsstörungenrechts	161
I. Begriff der Leistungsstörung und Ursachen	161
II. Erscheinungsformen	161
1. Verletzung von Leistungspflichten	162
a) Nichtleistung	162
b) Schlechtleistung	162
2. Verletzung von Schutzpflichten	163
III. Das Leistungsstörungenrecht vor der Reform	163
IV. Das System des geltenden Leistungsstörungenrechts	164
1. Das Konzept der Pflichtverletzung	164
2. Die Grenzen des Konzepts	164
a) Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die primäre Leistungspflicht	164
b) Das System der Schadensersatzansprüche	165
c) Das System der Rücktrittsrechte	166
V. Fazit: Das geltende Leistungsstörungenrecht als »Mischsystem«	166
§ 21 Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die primäre Leistungspflicht	168
I. Überblick	168
II. Echte Unmöglichkeit	168
1. Naturgesetzliche (physische) Unmöglichkeit	168
a) Allgemeines	168
b) Zweckerreichung und Zweckfortfall	169
c) Zweckstörung	170
2. Rechtliche Unmöglichkeit	170

3. Besonderheiten bei Gattungs- und Geldschulden	170
4. Objektive und subjektive Unmöglichkeit	171
5. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	171
6. Vollständige und teilweise Unmöglichkeit	172
7. Vorübergehende Unmöglichkeit	172
8. Irrelevanz des Vertretenmüssens	174
III. Grobes Missverhältnis von Aufwand und Leistungsinteresse	174
1. Begriff	174
2. Konkretisierung des »groben Missverhältnisses«	175
3. Besonderheiten bei Gattungsschulden	177
4. Abgrenzung zur Äquivalenzstörung	178
IV. Persönliche Unzumutbarkeit	179
1. Voraussetzungen	179
2. Leistungsverweigerung aus Gewissensgründen	180
V. Rechtsfolgen	180
§ 22 Die Pflichtverletzung	183
I. Begriff der Pflichtverletzung	183
II. Verzögerung der Leistung	183
1. Wirksamkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	184
2. Nicht rechtzeitige Erbringung der Leistung	185
III. Schlechtleistung	185
1. Allgemeines	185
2. Insbesondere: Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	186
a) Die mangelhafte Leistung als Fall der Schlechtleistung	186
b) Sach- und Rechtsmängel im Kaufrecht	186
c) Die Rechte des Käufers	187
d) Besonderheiten bei der Verjährung	188
IV. Schutzpflichtverletzung	188
V. Unmöglichkeit	189
1. Der Streit über den Inhalt der Pflichtverletzung	189
2. Würdigung	189
3. Irrelevanz der Pflichtverletzung bei § 326	190
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	190
I. Haftung für eigenes Verschulden	191
1. Vorsatz	191
2. Fahrlässigkeit	192
a) Allgemeines	192
b) Der Maßstab der Fahrlässigkeit	192
3. Verantwortungsfähigkeit	194
II. Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	194
1. Vertrag	194
2. Gesetz	196
3. Haftungsmilderung aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses	197
III. Haftung ohne Verschulden	198
1. Übernahme einer Garantie	198
2. Übernahme eines Beschaffungsrisikos	200
a) Anwendungsbereich	200
b) Reichweite des Beschaffungsrisikos	200
3. Geldschulden	201
IV. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter	201
1. Allgemeines	201
a) Struktur des § 278	201
b) Begriff des Erfüllungsgehilfen	201
c) Begriff des gesetzlichen Vertreters	202
2. Voraussetzungen der Haftung für Dritte nach § 278	203
a) Schuldverhältnis	203
b) Handeln in Erfüllung der Verbindlichkeit	203
3. Rechtsfolgen	204
V. Exkurs: Die Haftung für Dritte im außervertraglichen Bereich	206

2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	207
§ 24 Systematik, allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	207
I. Systematik	207
II. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs nach § 280 I	209
1. Schuldverhältnis	209
2. Pflichtverletzung	210
3. Vertretenmüssen	210
a) Dogmatische Einordnung und Verteilung der Beweislast	210
b) Abgrenzung zur Pflichtverletzung	211
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	212
4. Schaden	212
III. Abgrenzung der Arten des Schadensersatzes	213
1. Ausgangspunkt	213
2. Konkretisierungen	213
a) Schadensphänomenologische Betrachtung	213
b) Zeitabhängige Betrachtung	214
c) Würdigung	214
3. Insbesondere: Kosten eines verfrühten Deckungskaufs	215
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	216
I. Anwendungsbereich	216
II. Fallgruppen	217
1. Verletzung von Schutzpflichten	217
a) Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von Verträgen (§ 311 I)	217
b) Rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse	218
2. Schlechtleistung	218
a) Allgemeines	218
b) Einzelfälle	219
c) Einordnung des Nutzungsausfallschadens bis zur Nacherfüllung	221
3. Nichtleistung trotz Möglichkeit und Unmöglichkeit	222
III. Rechtsfolgen	222
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	223
I. Schuldnerverzug	223
II. Allgemeine Voraussetzungen	223
1. Nichtleistung trotz Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	224
2. Mahnung	224
3. Vertretenmüssen	225
III. Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 II)	226
1. Leistungszeit nach dem Kalender	226
2. Kalendermäßige Berechenbarkeit der Leistungszeit ab einem Ereignis	226
3. Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	227
4. Sofortiger Verzug aus besonderen Gründen	227
5. Vertraglicher Ausschluss der Mahnung	228
IV. Sonderregelung für Entgeltforderungen (§ 286 III, V)	228
V. Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	229
1. Ersatz des Verzögerungsschadens	229
2. Weitere Rechtsfolgen	230
a) Verschärfung der Verantwortlichkeit des Schuldners	230
b) Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen	231
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	232
I. Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung (§§ 280 I, III, 281)	232
1. Allgemeines	232
2. Schuldverhältnis	233
3. Pflichtverletzung	233
a) Nichtleistung (Verzögerung)	233
b) Leistung nicht wie geschuldet (Schlechtleistung)	234
c) Abgrenzungsprobleme	234
4. Notwendigkeit der Fristsetzung	235
a) Inhalt der Fristsetzung	235
b) Zeitpunkt der Fristsetzung	236

c) Angemessenheit der Frist	236
5. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	237
a) Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	237
b) Besondere Gründe	239
c) Sonderregeln im Kauf- und Werkvertragsrecht	240
6. Abmahnung statt Fristsetzung	240
7. Vertretenmüssen	240
8. Schaden	241
9. Rechtsfolgen	241
a) Das Verhältnis von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	242
b) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Teilleistung	242
c) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Schlechtleistung	243
d) Zuwenigleistung im Kaufrecht	244
e) Rückforderung erbrachter (Teil-)Leistungen	245
II. Schutzpflichtverletzung (§§ 280 I, III, 282)	245
1. Allgemeines	245
2. Grundelemente der Haftung	246
3. Das Kriterium der Unzumutbarkeit	246
4. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	247
III. Nachträgliche Unmöglichkeit (§§ 280 I, III, 283)	247
1. Allgemeines	247
2. Grundelemente der Haftung	248
3. Funktion des § 283 S. 1	248
4. Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§ 283 S. 2)	249
a) Teilweise Unmöglichkeit	249
b) Irreparable Schlechtleistung	249
c) Rückforderung des Geleisteten	249
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	250
I. Allgemeines	250
II. Voraussetzungen	251
1. Wirksamer Vertrag	251
2. Nichtleistung aufgrund anfänglicher Unmöglichkeit	252
3. Vertretenmüssen	253
4. Schaden	255
III. Rechtsfolgen	255
1. Schadensersatz statt der Leistung	255
2. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	255
3. Haftung auf das Vertrauensinteresse bei fehlendem Vertretenmüssen	255
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	256
I. Differenz- und Surrogationstheorie	256
II. Der praktische Vorrang der Differenztheorie	257
III. Wahlrecht zugunsten der Surrogationstheorie	257
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	258
I. Problemstellung	258
1. Verträge mit wirtschaftlicher Zielsetzung	258
2. Verträge zur Verwirklichung immaterieller Zwecke	259
II. Voraussetzungen des Anspruchs auf Aufwendungsersatz	260
1. Allgemeine Voraussetzungen	260
2. Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	260
3. Zweckverfehlung infolge der Pflichtverletzung	261
III. Verhältnis zum Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung	261
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	262
I. Voraussetzungen	262
1. Schuldverhältnis	262
2. Ausschluss der Leistungspflicht nach § 275	263
3. Erlangung eines Surrogats	263
4. Identität von geschuldetem und ersetzttem Gegenstand	263
II. Rechtsfolgen	264
III. Konkurrenzen	264

3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	265
§ 32 Allgemeines	265
I. Überblick	265
II. Parallele Grundstruktur mit Schadensersatz statt der Leistung	266
III. Verzicht auf das Vertretenmüssen	268
IV. Rücktritt und Schadensersatz	268
§ 33 Verzögerung der Leistung und nicht vertragsgemäße Leistung	269
I. Anwendungsbereich	269
II. Notwendigkeit der Fristsetzung	270
III. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	270
IV. Rücktritt vor Eintritt der Fälligkeit	272
V. Rücktritt bei Teilleistung und Schlechtleistung	273
VI. Ausschluss des Rücktritts (§ 323 VI)	274
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Rücktrittsgrund	274
2. Annahmeverzug	275
VII. Rechtsfolgen	275
§ 34 Schutzpflichtverletzung	276
I. Voraussetzungen	276
II. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	276
§ 35 Unmöglichkeit	277
I. Anwendungsbereich	277
II. Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 I)	277
1. Grundsatz	277
2. Teilweise Unmöglichkeit	278
3. Irreparable Schlechtleistung (qualitative Unmöglichkeit)	278
4. Abgrenzung	278
III. Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 II)	279
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für die Unmöglichkeit	279
a) Allgemeines	279
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers bei anfänglicher Unmöglichkeit	279
c) Von beiden Seiten zu vertretende Unmöglichkeit	280
2. Annahmeverzug	282
3. Rechtsfolgen	282
4. Exkurs: Weitere Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht	282
IV. Besonderheiten bei Geltendmachung des Ersatzes (§ 326 III)	283
V. Rückforderung der schon erbrachten Gegenleistung (§ 326 IV)	284
VI. Rücktritt	284
1. Irreparable Schlechtleistung	284
2. Teilweise Unmöglichkeit	284
3. Nicht synallagmatische verknüpfte Leistungspflichten	285
4. Bedeutung des Rücktrittsrechts in den sonstigen Fällen	285
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	286
§ 36 Gläubigerverzug	286
I. Allgemeines	286
II. Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	286
1. Erfüllbarkeit der (möglichen) Leistung	286
2. Ordnungsgemäßes Angebot	287
a) Notwendigkeit des Angebots	287
b) Entbehrlichkeit des Angebots	287
3. Nichtannahme der Leistung	288
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	289
1. Fortbestand der Leistungspflicht	289
2. Haftungserleichterung für den Schuldner	289
3. Übergang der Leistungsgefahr bei Gattungs- und Geldschulden	289
4. Übergang der Preisgefahr und Ausschluss des Rücktrittsrechts	291
5. Sonstige Rechtsfolgen	291
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	292
I. Einführung	292
II. Anwendungsbereich	293

1. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	293
2. Vorrang spezieller gesetzlicher Regelungen	293
III. Voraussetzungen	294
1. Vorliegen einer Geschäftsgrundlage	294
2. Schwerwiegende Änderung der Umstände oder wesentlicher Irrtum	295
3. Relevanz des Umstands für den Vertragsschluss	297
4. Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag	297
IV. Rechtsfolgen	298
1. Primär: »Anpassung des Vertrages«	298
2. Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	299
V. Fallgruppen	299
1. Nachträgliche Änderung der Verhältnisse	299
a) Äquivalenzstörung	299
b) Zweckstörung oder Zweckvereitelung	301
2. Gemeinsame Fehlvorstellungen	301
§ 38 Vertragsstrafe	302
I. Funktion der Vertragsstrafe und systematische Stellung der Regelung	302
II. Struktur des unselbstständigen (»echten«) Strafversprechens	303
III. Abgrenzungen	303
1. Selbstständiges (»unechtes«) Strafversprechen	303
2. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	304
IV. Voraussetzungen des Anspruchs auf Entrichtung der Vertragsstrafe	304
1. Wirksames Strafversprechen	304
2. Verletzung der (bestehenden) gesicherten Hauptpflicht	305
3. Eigene Vertragstreue des Gläubigers	306
V. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	306
VI. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch	307
VII. Höhe der Vertragsstrafe und richterliche Kontrolle	307
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	309
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	309
I. Vertragliche Aufhebung von Schuldverhältnissen	309
II. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	310
1. Problemstellung	310
2. Wichtiger Grund	311
3. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	312
4. Ausübung des Kündigungsrechts und Rechtsfolgen der Kündigung	313
5. Konkurrenzen	314
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	315
I. Allgemeines	315
1. Voraussetzungen des Rücktritts	315
2. Ausübung des Rücktrittsrechts	316
3. Wirkungen des Rücktritts	316
4. Sonderregeln	316
5. Auswirkungen der Schuldrechtsreform	317
II. Rückgewähr der empfangenen Leistungen und Wertersatzpflicht	317
1. Rückgewähr in natura	317
2. Wertersatz	317
a) Ausschluss der Rückgewähr nach der Natur des Erlangten	317
b) Verbrauch, Veräußerung, Belastung, Verarbeitung, Umgestaltung	318
c) Verschlechterung oder Untergang	318
d) Berechnung des Wertersatzes	319
3. Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	320
a) Entdeckung des Mangels bei der Verarbeitung oder Umgestaltung	320
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Schaden	320
c) Privilegierung des Berechtigten bei gesetzlichen Rücktrittsrechten	321
III. Nutzungen und Verwendungen	322
1. Herausgabe und Ersatz von Nutzungen	322
2. Ersatz von Verwendungen	323

a) Notwendige Verwendungen	323
b) Andere Aufwendungen	324
IV. Der Anspruch auf Schadensersatz	324
1. Problemstellung	324
2. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	325
3. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	325
a) Vertragliches Rücktrittsrecht	325
b) Gesetzliches Rücktrittsrecht	325
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	327
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzrechts	327
I. Grundgedanken und Systematik	327
II. Der Begriff des Verbrauchervertrags	328
III. Anwendungsbereich der §§ 312 ff.	329
IV. Allgemeine Grundsätze und Pflichten bei Verbraucherverträgen	331
1. Informationspflichten des Unternehmers	331
a) Telefonische Kontaktaufnahme	331
b) Informationspflichten im stationären Handel	331
2. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	332
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	333
1. Überblick	333
2. Gemeinsame Grundsätze des Widerrufs	334
a) Dogmatische Einordnung und Ausübung des Widerrufsrechts	334
b) Widerrufsfrist und Belehrung	335
c) Allgemeine Rechtsfolgen des Widerrufs	337
d) Widerruf nichtiger Verträge	337
e) Rechtsmissbrauch und Verwirkung des Widerrufsrechts	338
VI. Der Schutz des Verbrauchers bei verbundenen Verträgen	339
1. Verbundene Verträge	339
2. Widerrufsdurchgriff	341
a) Allgemeines	341
b) Zusammenhängende Verträge	342
3. Einwendungsdurchgriff	342
§ 42 Besondere Vertriebsformen	344
I. Überblick	344
II. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (§ 312b)	344
1. Begriff der Geschäftsräume	344
2. Besondere Situation des Vertragsschlusses	345
a) Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	345
b) Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	345
c) Persönliches Ansprechen des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	346
d) Vertragsschluss auf einem vom Unternehmer organisierten Ausflug	346
3. Handeln Dritter im Namen oder Auftrag des Unternehmers	346
4. Entgeltliche Leistung und Anwendbarkeit auf die Bürgschaft	347
III. Fernabsatzverträge (§ 312c)	348
IV. Informationspflichten des Unternehmers (§ 312d)	349
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	350
1. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	350
2. Ausübung des Widerrufsrechts	352
3. Rechtsfolgen des Widerrufs (außer bei Verträgen über Finanzdienstleistungen)	353
a) Frist zur Rückgewähr	353
b) Modalitäten der Rückabwicklung	353
c) Kosten der Rücksendung	354
d) Ersatzpflicht des Verbrauchers für Wertverlust der Waren	355
e) Sonderfälle der Wertersatzpflicht des Verbrauchers	357
4. Rechtsfolgen des Widerrufs bei Verträgen über Finanzdienstleistungen	358
5. Ausschluss weitergehender Ansprüche und abweichender Vereinbarungen	359
VI. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Wechsel des Anbieters	359
VII. Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr	360

1. Allgemeine Pflichten	360
2. Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern	360
VIII. Unzulässigkeit abweichender Vereinbarungen	361
8. Teil. Schadensrecht	365
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	365
I. Die Funktion des Schadensersatzes	365
II. Der Grundsatz der Totalreparation	365
III. Die Bedeutung des kollektiven Schadensausgleichs	366
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	368
I. Begriff	368
II. Vermögens- und Nichtvermögensschäden	368
III. Positives und negatives Interesse	370
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	371
I. Grundlagen	371
1. Kausalität als Mindestvoraussetzung der Schadenszurechnung	371
2. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	371
II. Naturwissenschaftlicher Verursachungsbegriff	372
1. Äquivalenztheorie	372
a) Grundsatz	372
b) Schwächen der condicio sine qua non-Formel	373
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	374
III. Notwendigkeit einer normativen Einschränkung	374
IV. Kriterien der objektiven Zurechnung	375
1. Adäquanz	375
a) Das Urteil des optimalen Beurteilers	375
b) Kritik	375
2. Schutzzweck der Norm	376
V. Hypothetische Kausalität	378
1. Problemstellung	378
2. Schadensanlage	379
3. Ersatzpflicht eines Dritten	379
4. Die sonstigen Fälle	380
VI. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	380
VII. Zurechnungsprobleme bei mittelbarer Kausalität	381
1. Schockschäden	381
2. Selbstschädigendes Verhalten (Herausforderungsfälle)	383
3. Drittvermittelte Kausalität (Herausforderung Dritter)	385
VIII. Vorteilsausgleichung	385
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	387
I. Grundsatz	387
II. Ausnahmen	388
1. Ersatz der Beerdigungskosten (§ 844 I)	388
2. Ersatz des Unterhaltsschadens (§ 844 II)	388
3. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	388
III. Abgrenzungen	389
IV. Drittschadensliquidation	389
1. Allgemeines	389
2. Fallgruppen	390
a) Obligatorische Gefahrentlastung	391
b) Mittelbare Stellvertretung	392
c) Treuhandverhältnisse	392
d) Obhut für fremde Sachen	392
e) Vertragliche Vereinbarung	393
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	394
I. Der Grundsatz der Naturalrestitution	394
1. Allgemeines	394
2. Schadensersatz in Geld statt Naturalrestitution durch den Schädiger	395
3. Die Dispositionsfreiheit des Geschädigten	396

a) Sachschäden	396
b) Körperschäden	397
II. Der Anspruch auf Entschädigung in Geld (Wertersatz)	397
1. Unmöglichkeit der Herstellung (§ 251 I Alt. 1)	398
2. Ungenügende Herstellung (§ 251 I Alt. 2)	398
3. Herstellung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand (§ 251 II)	398
III. Entgangener Gewinn (§ 252)	402
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	402
I. Historische Entwicklung	402
II. Voraussetzungen des Schmerzensgeldanspruchs nach § 253 II	403
1. Verwirklichung eines haftungsbegründenden Tatbestands	403
2. Rechtsgutsverletzung	403
III. Bemessung des Schmerzensgelds	405
1. Die Funktion des Schmerzensgeldanspruchs	405
2. Schmerzensgeld bei vollständiger Zerstörung der Persönlichkeit	405
3. Orientierung am Maß der objektiven Lebensbeeinträchtigung	406
IV. Entschädigung in Geld bei Persönlichkeitsverletzungen	406
1. Grundlagen	406
2. Die Präventivfunktion der Entschädigung	407
§ 49 Grenzfälle	408
I. Verlust von Gebrauchsvorteilen	408
1. Problemstellung	408
2. Die Unterscheidung zwischen zentralen und sonstigen Gütern	409
3. Fühlbarkeit der Nutzungsbeeinträchtigung	411
4. Höhe des Anspruchs	411
5. Verlust von Gebrauchsvorteilen bei gewerblich genutzten Sachen	411
II. Fehlgeschlagene Aufwendungen	412
III. Ersatzfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen	412
IV. Verlust oder Einschränkung der Arbeitskraft	413
V. Urlaub und Freizeit	414
1. Problemstellung	414
2. Der Kommerzialisierungsgedanke	415
3. Die Regelung des § 651 n II (§ 651 f II aF)	415
4. Nutzlos vertane Freizeit	416
VI. Kindesunterhalt als Schaden	416
1. Geburt eines ungewollten Kindes (wrongful birth)	417
2. Geburt eines behinderten Kindes (wrongful life)	418
VII. Leidensbehaftetes Weiterleben als Schaden	419
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	420
I. Allgemeines	420
1. Die Grundentscheidungen des § 254	420
a) Gleichbehandlungsgrundsatz	420
b) Quotenteilungsprinzip	421
2. Der Grundgedanke des Mitverschuldens	421
3. Bezugspunkt des Verschuldens in § 254	422
4. Anwendungsbereich des § 254	423
II. Voraussetzungen der Mitverantwortlichkeit	423
1. Überblick	423
2. Mitverantwortlichkeit für die Entstehung des Schadens	424
a) Mitverursachung eines eigenen Schadens	424
b) Obliegenheitsverletzung	424
c) Verschulden	425
d) Gefährdungshaftung des Geschädigten	426
3. Obliegenheit zur Schadensabwendung oder Schadensminderung	426
4. Warnung vor ungewöhnlich hohem Schaden	427
5. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	428
III. Rechtsfolgen	429
IV. Handeln auf eigene Gefahr	430
1. Teilnahme an gefährlichen Fahrten	430

2. Teilnahme an gefährlichen Sportarten	431
3. Handeln auf eigene Gefahr und Gefährdungshaftung	431
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	433
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	433
I. Zweck	433
II. Abgrenzung zwischen echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter	433
III. Dogmatische Einordnung	434
1. Kein eigener Vertragstyp	434
2. Durchbrechung des Vertragsprinzips	434
IV. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	435
1. Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Deckungsverhältnis)	436
2. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Drittem (Valutaverhältnis)	436
3. Verhältnis zwischen Schuldner und Drittem (Vollzugsverhältnis)	437
a) Dogmatische Einordnung	437
b) Die Geltendmachung von Leistungsstörungen	437
c) Einwendungen des Schuldners aus dem Deckungsverhältnis	438
V. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	438
VI. Widerrufsrecht des Gläubigers	439
VII. Form des Vertrags zugunsten Dritter	440
VIII. Abgrenzung von verwandten Rechtsfiguren	440
1. Anweisung	441
2. Abtretung	441
3. Stellvertretung	441
4. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	442
IX. Verfügungen zugunsten Dritter	442
1. Dingliche Verfügungen zugunsten Dritter	442
2. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte zugunsten Dritter	443
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	444
I. Überblick	444
1. Problemstellung	444
2. Arten des Gläubigerwechsels	445
3. Anwendungsbereich der §§ 398ff.	445
II. Dogmatische Grundlagen der Abtretung	445
1. Struktur der Abtretung	445
2. Die Abtretung als Verfügungsgeschäft	446
3. Abgrenzungen	447
a) Vertragsübernahme	447
b) Einziehungsermächtigung	447
III. Voraussetzungen der Abtretung	448
1. Vertrag	448
2. Existenz der Forderung und Inhaberschaft des Zedenten	449
3. Bestimmbarkeit der Forderung	450
4. Übertragbarkeit der Forderung	451
a) Allgemeines	451
b) Ausschluss der Abtretbarkeit kraft Gesetzes	451
c) Vertragliches Abtretungsverbot	453
IV. Rechtsfolgen der Abtretung	454
1. Übergang der Forderung auf den Neugläubiger	454
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten	454
3. Pflichten des Altgläubigers	455
V. Der Schutz des Schuldners	455
1. Im Zeitpunkt der Abtretung begründete Einwendungen	455
a) Der Anwendungsbereich des § 404	456
b) Ausschluss von Einwendungen nach § 405	457
2. Einwendungen aus der Abtretung	458
3. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	458
a) Problemstellung	458

b) Entstehung der Aufrechnungslage vor der Abtretung	459
c) Entstehung der Aufrechnungslage nach der Abtretung	459
4. Der Schuldnerschutz nach §§ 407–410	460
a) Rechtsgeschäfte in Unkenntnis der Abtretung	461
b) Mehrfache Abtretung	462
c) Abtretungsanzeige	463
d) Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners	463
VI. Spezifische Abtretungsmodelle	464
1. Sicherungszession	464
2. Inkassozession	465
VII. Die Legalzession	465
§ 53 Der Austausch des Schuldners	467
I. Überblick	467
II. Die privative Schuldübernahme	467
1. Voraussetzungen	467
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414)	467
b) Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415)	468
c) Ausschluss der Schuldübernahme	469
2. Rechtsfolgen	469
a) Wechsel des Schuldners	469
b) Erlöschen von Sicherungsrechten	469
c) Einwendungen des Übernehmers	470
3. Abgrenzung zur Vertragsübernahme	471
III. Der Schuldbeitritt	472
1. Zulässigkeit und Voraussetzungen	472
2. Wirkungen des Schuldbeitritts	472
3. Abgrenzung zur Bürgschaft	473
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldnern	474
I. Gläubigermehrheiten	474
1. Überblick	474
2. Teilgläubigerschaft	474
a) Voraussetzungen	474
b) Rechtsfolgen	475
3. Gesamtgläubigerschaft	475
a) Voraussetzungen	475
b) Rechtsfolgen	476
4. Mitgläubigerschaft	476
II. Schuldnermehrheiten	477
1. Teilschuld	477
a) Voraussetzungen	477
b) Rechtsfolgen	478
2. Gesamtschuld	478
a) Voraussetzungen	479
b) Wirkungen der Gesamtschuld im Außenverhältnis	481
c) Das Innenverhältnis zwischen den Schuldnern	483
d) Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	485
3. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	487
Anhang I: Das Leistungsstörungenrecht in der Fallbearbeitung	489
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	489
I. Allgemeines	489
II. Der Anspruch auf einfachen Schadensersatz	490
III. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	492
IV. Schadensersatz statt der Leistung	493
V. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	494
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	494
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	496
D. Rücktritt	498

Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	501
Paragrafenregister	505
Sachverzeichnis	513
Entscheidungsregister	525